

# Tür an Tür mit der Tagesmutter

## EU fördert besonderes Pilotprojekt zur Bekämpfung der Armut in Landshut mit 5 Millionen Euro

Von Alexander Schmid

**Landshut.** Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Im Fall des Landshuter Stadtrats Rudi Schnur (CSU) lässt sich das sogar in Zahlen ausdrücken. Dank seiner Unnachgiebigkeit, was die Abschöpfung von EU-Mitteln betrifft, bekommt die Stadt von der EU-Kommission ein deutschlandweites Pilotprojekt zur Bekämpfung der Armut in Städten mit rund 5 Millionen Euro finanziert. Landshut ist die einzige deutsche Stadt, die aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) Gelder bekommt. „Das ist wie Weihnachten in den Sommerferien“, so Oberbürgermeister Alexander Putz auf einer Pressekonferenz im Landshuter Rathaus.

„Home and care“ heißt das Projekt mit Gesamtkosten in Höhe von rund 6,2 Millionen Euro. Es sieht vor, dass alleinerziehende Mütter eine Ausbildung absolvieren oder einer Beschäftigung in einem Heil- oder Pflegeberuf

nachgehen können und gleichzeitig die Betreuung ihrer Kinder trotz Schichtbetrieb gesichert ist. Die Frauen wohnen Tür an Tür mit der Tagesmutter. Dafür soll in Landshut eine große Wohnanlage mit zwei Gebäuden errichtet werden.

Mit dem Pilotprojekt will man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen wird so verhindert, dass alleinerziehende Mütter auf Hartz IV angewiesen sind, weil sie keine flexible Betreuung für ihre Kinder finden. Andererseits soll mit der Maßnahme

etwas gegen den Personalnotstand in den Heil- und Pflegeberufen getan werden, weil diese jungen Mütter dem Arbeitsmarkt so wieder früher zur Verfügung stehen. Noch ein Vorteil: In den Gebäuden wohnen die Frauen und die Tagesmütter nebeneinander, beide Wohnungen sind durch eine gemeinsame Tür miteinander verbunden. Geht die Mutter am frühen Morgen zur Arbeit, „müssen die Kleinkinder nicht mehr aus dem Schlaf gerissen werden. Die Tagesmutter öffnet einfach nur die Tür“, so Ele Schöffthaler,

Vorsitzende des Vereins ZAK (Zentrum für Arbeit und Kultur), der für arbeitende Frauen in Landshut bereits mehrere so genannte Kinderkneipen betreibt. Von ihr stammt das Konzept, das jetzt realisiert und von der EU gefördert wird.

„Home and Care“, so der Arbeitstitel des Projekts, ist ein Beispiel dafür, was bewegt werden kann, wenn mehrere Institutionen und Politik an einem Strang ziehen.

Stadtrat Schnur war 2017 auf die Ausschreibung der Europäischen Kommission aufmerksam



Ele Schöffthaler (li.) und Rudi Schnur (re.) waren die treibenden Kräfte hinter dem Projekt. Für Oberbürgermeister Alexander Putz ist die Förderzusage zu dem Pilotprojekt wie ein Weihnachtsgeschenk in den Sommerferien. Foto: Schmid



Eine Krankenschwester bei der Arbeit. Foto: Techniker Krankenkasse

geworden und hatte eine Bewerbung der Stadt im Rathaus gefördert. Rückendeckung bekam er vom Landshuter Stadtrat, der einstimmig über alle Parteien hinweg die nötigen Beschlüsse fasste. „Das kommt wirklich sehr selten vor in Landshut“, so Schnur.

Ein Konzept, eine Idee, mit der man an der Ausschreibung teilnehmen konnte, gab es da allerdings noch nicht. Das wiederum konnte Ele Schöffthaler beisteuern. Zusammen mit den Experten der Verwaltung wurde innerhalb weniger Monate eine Bewerbung erstellt. Mit im Boot saß da schon die Heilig-Geist-Spitalstiftung, die für die Stadt Landshut unter anderem zwei Alten- und Pflegeheime betreibt und das Grundstück in der Landshuter Marienburger Straße für das Projekt zur Verfügung stellt. Außerdem beteiligen sich

die Fachakademie für Sozialpädagogik der Schulstiftung Seligenthal, der Betreiber der Landkreiskliniken Lakumed, der Verein ZAK, die Kinderstiftung „Zukunft für alle Kinder“ und das Landshuter Klinikum. Am Ende setzte sich das Landshuter Gemeinschaftsprojekt in einem dreistufigen Auswahlverfahren gegen 174 eingereichte Projekte aus 23 Mitgliedstaaten durch.

Mit der Umsetzung des Projekts wurde bereits begonnen. Bis 31. August 2022 soll es realisiert werden. Allein rund 4,4 Millionen Euro werden die Baukosten betragen. Außer der niederbayerischen Bezirkshauptstadt erhielten die Städte Bergamo (Italien), Getafe (Spanien), Mailand (Italien) und Seraing (Belgien) Fördermittel für Programme zur Bekämpfung der urbanen Armut.